Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache **Nr. 3737**

Große Anfrage

der Fraktion der CDU/CSU

betr. Notstandsmaßnahmen für Beamte und Behördenangestellte.

Die Bezüge der Beamten und Behördenangestellten beruhen noch heute auf den Besoldungsgrundsätzen des Jahres 1927, zu denen bisher (einschließlich des einmalig gezahlten halben Monatsbezuges) Teuerungszulagen in Höhe von insgesamt 20 v. H. gezahlt werden. Dazu kommen lediglich noch weitere geringe Teuerungszulagen bei den niedrigsten Gehältern.

Damit haben die Gehälter der Beamten und Behördenangestellten in keiner Weise mit der Entwicklung der Lebenshaltungskosten (Index 168) Schritt gehalten und sind weit hinter der Entwicklung in anderen Berufsständen zurückgeblieben. Die weitere Aufrechterhaltung dieses Zustandes ist schlechthin nicht mehr tragbar. Die CDU-Fraktion des Landtages in Nordrhein-Westfalen hat bereits durchgreifende Maßnahmen auf Landesebene beantragt, die wegen der bundesgesetzlichen Sperrvorschriften nur bei gleichartigen Maßnahmen des Bundes verwirklicht werden können.

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um den derzeitigen Notstand der Beamten (einschließlich Pensionsempfänger) sowie der Behördenangesteliten zu beheben und ihnen die unerläßlich notwendige fühlbare Hilfe zuteil werden zu lassen?

Bonn, den 8. Oktober 1952

Dr. von Brentano und Fraktion

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Str. 3C
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1